



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 31.05.2012

1. Den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales und Gesundheit
am Mittwoch, 06. Juni 2012, um 17:15 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. 11-S-00-0016
Eröffnung durch den Stadtverordnetenvorsteher
2. 11-S-00-0017
Wahl der/des Vorsitzenden
3. 11-S-00-0018
Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden
4. 11-S-00-0019
Wahl der Schriftführerin/des Schriftführers

5. 11-S-00-0020

Wahl von Verwaltungsbediensteten zu weiteren Schriftführerinnen/Schriftführern

6. 12-F-33-0072

Optimierung der Adoptionsvermittlung

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 29.5.2012 -

Vorbemerkung:

Laut der 148. Vergleichenden Prüfung „Erziehungshilfen“ des Hessischen Rechnungshofes sind in Wiesbaden 0,5 Vollzeitäquivalente mit der Adoptionsvermittlung beschäftigt. Da bei demselben Personaleinsatz nur halb so viele Vorgänge bearbeitet würden wie in Kassel, belaufen sich die Kosten je Vorgang in Wiesbaden auf 851 € (in Kassel auf 452 €). Andererseits schreibt § 3 Abs. 2 Adoptionsvermittlungsgesetz - unabhängig von den tatsächlichen Fallzahlen in einer Kommune - den Einsatz von mindestens zwei Vollzeitkräften vor, die nicht überwiegend mit vermittlungsfremden Aufgaben befasst sein dürfen (S.109).

Der Ausschuss für Sozialen und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu prüfen, ob ein Abzug von Vollzeitstellen-Anteilen bis zu 0,25, etwa zugunsten des Pflegekinderdienstes, möglich ist (S.109);
2. über die Kommunalen Spitzenverbände eine Initiative zu starten, damit die unrealistische Vorgabe in § 3 Abs. 2 Adoptionsvermittlungsgesetz den tatsächlichen Erfordernissen angepasst wird.

7. 12-F-03-0078

Geschwisterbeitragsreduzierung / Beitragsreduzierung für Kinder aus sozial schwachen Familien

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.05.2012-

In der Stadtverordnetenversammlung vom 21. Dezember 2011 wurde eine neue Beitragssatzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Landeshauptstadt Wiesbaden (Beschlussnummer: 0789) beschlossen.

In Folge dessen haben wir folgende Sachlage: Auf Antrag der Eltern besteht die Möglichkeit einer Geschwisterbeitragsreduzierung in den Kindertagesstätten im Krippen-, Elementar- und im Hortbereich sowie an den Betreuenden Grundschulen. Grundschulkinder in Eltern- und Fördervereinen (1. Säule) und bei künftigen Angeboten in städtischer Regie (3. Säule) werden nicht berücksichtigt. Die Fraktion B90/Die Grünen stellte deshalb in der Ausschusssitzung vom 25. Januar 2012 den Antrag ein Konzept vorzulegen, welches die Eltern mit Kindern in letzteren Betreuungsstrukturen nicht benachteiligt. Der Antrag wurde nach Aussprache für erledigt erklärt. Der Magistrat sagte zu, eine diesbezügliche Gleichstellung aller Eltern ungeachtet der Betreuungsform erreichen zu wollen. Erste Gespräche zwischen Dezernat VI und V hätten bereits stattgefunden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

wie gewährleistet ist, dass die o.g. Beitragsreduzierungen für Geschwisterkinder zum Start des neuen Schul-/Kindergartenjahres umgesetzt werden und falls nein, warum nicht.

8. 12-F-08-0069

Aktuelle Situation der Kinderbetreuungsgebühren
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 30.5.2012 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie der aktuelle Sachstand der Klärung mit dem Land Hessen bezüglich der BAMBINI-Gelder ist;
2. wie sich der aktuelle Stand der Um- und Abmeldungen im Kinderbetreuungsbereich darstellt (aufgegliedert nach Betreuungsart);
3. wann mit einer Magistratsvorlage im Bereich Gebührenordnung für Betreuende Grundschulen durch freie Träger und Förder- und Elternvereine zu rechnen ist (Stichworte: Geschwisterreduzierung, Gebührenfreistellung für ökonomisch Benachteiligte.)

9. 12-F-03-0080

Pflegeeinrichtungen in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.5.2012 -

Die Bedeutung der Pflege älterer Menschen nimmt stetig zu. Statistisch leben in Wiesbaden 129,9 Pflegebedürftige je 1000 Einwohner ab 65 Jahre (Quelle: Stat. Bundesamt 2009). Die Stadt Wiesbaden hat z.B. mit Beschluss Nr. 0284 ein Pflegekonzept für die Altenpflege in LHW beschlossen. Eine Anfrage von B90/Die Grünen nach § 43 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung vom Juni 2010 beantwortete der Magistrat ausführlich zum Stand der stationären Pflegeheime in Wiesbaden. Danach gab es in 2010 22 Pflegeheime, davon 14 in Trägerschaft von Wohlfahrtsverbänden, 5 private und 3 städtische. Der letzte uns bekannte Bericht „Projektstatusbericht Altenpflege“ datiert vom April 2011. Laut Bericht des Magistrats zu Beschluss 0551 gab es in 2009 52 ansässige Pflegedienste im ambulanten, häuslichen Bereich, welche monatlich durchschnittlich 1.313 Haushalte erreichten. Wegen der stetig steigenden Nachfrage und um die aktuelle Versorgungssituation in Wiesbaden besser einschätzen zu können, möge der Ausschuss daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie viele Pflege-/ Alteneinrichtungen existieren Stand heute in Wiesbaden und wie verteilen sich diese auf die unterschiedlichen Träger? Wie viele private Träger planen Stand heute mit wie vielen Plätzen die Errichtung eines Pflegeheims?
2. Wie viele Pflegebedürftige nehmen eine (häuslich)- ambulante, eine stationäre Pflege oder eine Tagespflege in Anspruch? Wie verteilt sich die Inanspruchnahme in der Trägerlandschaft.
3. Wie stellt sich der Pflegebedarf dieser insbesondere in den städtischen Einrichtungen dar (Aufschlüsselung nach Pflegestufen) und wie viel Pflegepersonal aufgeschlüsselt nach Berufsqualifikation, Fachkräfteanzahl und Arbeitszeit stehen Stand heute zur Verfügung?
4. Welche Einrichtungen haben sich auf folgende Gebiete spezialisiert
 - a) Pflege jüngerer Personenkreise bis 40 Jahre
 - b) Hospizpflege
 - c) Spezialisierung auf demographisch häufige und bedeutsame Erkrankungen wie Demenz, Alzheimer oder andere altersbedingte oder -unabhängige psychische Erkrankungen
5. Welche Anstrengungen unternimmt die Stadt, um ein generationenübergreifendes Lebens- und Pflegekonzept zu unterstützen, etwa in Form von Wohnraumkonzepten, Kooperationen zwischen Kindertagesstätten und Pflegeeinrichtungen etc.
6. Gibt es in Wiesbaden ein separates Pflegeangebot für (ältere) Migranten oder die Offerte einer kultursensiblen Pflege?
7. Wie wird die Qualität der Pflege in städtischen Pflegeeinrichtungen unabhängig vom Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) überprüft und städtischerseits mit begleitet?
8. Welche Instrumente stehen dem Magistrat zur Verfügung um die Zufriedenheit von Patienten und des Arbeitspersonals zu befragen und sie messbar zu machen? Finden in diesem Rahmen regelmäßige Evaluationen statt?

10. 12-F-08-0073

SGB-Leistungen für Angehörige von Mitgliedsstaaten des Europäischen Fürsorgeabkommens
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 30.5.2012 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,
wie in Wiesbaden bei der Gewährung von SGB II/SGB XII Leistungen bei Rumän_innen und Bulgar_innen (und ggf. bei Angehörigen anderer Staaten, für die das Europäische Fürsorgerechtsankommen gilt) verfahren wird.

11. 12-F-08-0072

Öffnung des Seniorennet für SGB II- und SGB XII-Berechtigte
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 30.5.2012 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

1. zu prüfen ob es möglich ist, die Einrichtung „Seniorennet“ in der Adlerstraße 19 für SGB II- und SGB XII-Berechtigte zu öffnen und diese von den Kosten zu befreien;
2. zu berichten, welche Kosten dies voraussichtlich verursachen würde.

12. 12-F-08-0070

Beschilderung Jobcenter Glarusstraße
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 30.5.2012 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,
dafür Sorge zu tragen, dass der Zugangsweg zum Jobcenter in der Glarusstraße in Biebrich ausreichend beschildert wird.

13. 12-F-08-0071

Gesundheitliche Belastungen im Gebäude Dotzheimerstraße 99/Kurt-Schumacher-Ring 2-4
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 30.5.2012 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. ob Informationen vorliegen, aus denen hervorgeht, dass im Gebäude Dotzheimerstraße 99/ Kurt-Schumacher-Ring 2-4 mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen von städtischen Bediensteten aufgrund baulicher Mängel gerechnet werden muss;
2. wann die derzeit dort noch verbliebenen Bediensteten an einen neuen Standort umziehen werden.

14. 12-F-08-0002

ANLAGE

Nichtraucherschutz
- *Bericht des Dezernates VI vom 24.4.2012* -

15. 12-F-03-0033

ANLAGE

Suchtprävention bei jungen Menschen
- *Bericht des Dezernates II vom 25.4.2012* -

16. 12-A-50-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial- und Gesundheitsbereich

17. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 12-V-01-0001

DL 20/12 NÖ

Bau und Betrieb einer Kindertagesstätte im Bereich des Justiz- und Verwaltungszentrums Wiesbaden, Konradiner Allee; Information über das Ergebnis des Vergabeverfahrens

2. 12-V-20-0022

DL 19/12-1

Produktivnahme eAkten bei der Landeshauptstadt Wiesbaden in den Ämtern 21 und 51; Erweiterung der Projektarbeiten um Organisationseinheiten mit Querschnittsaufgaben

3. 12-V-51-0015

DL 18/12-9

Wohnungsbauprogramm 2011, Ausführungsvorlage

4. 12-V-51-0016

DL 18/12-10

Freigabe von Projektmitteln für die Jugendarbeit

5. 12-V-51-0017

DL 18/12-11

Kinderschutzbund Wiesbaden e. V., Erhöhung des Leistungsentgeltes für die Kindertagesstätten

6. 12-V-51-0018

DL 18/12-12

Nachbarschaftshaus Wiesbaden, Erhöhung des Betriebskostenzuschusses für die Kindertagesstätte

- | | | |
|------------|---|----------------------|
| 7. | 12-V-51-0022
u3-Ausbauprogramm 35/48; befristete personelle Ausstattung | DL 18/12-13 |
| 8. | 12-V-51-0023
Nachwahl von stimmberechtigten und stellvertretenden Mitgliedern in den Jugendhilfeausschuss | DL 18/12-14 |
| 9. | 12-V-53-0100
4. Fortschreibung Bereichsplan für den Rettungsdienstbereich Wiesbaden | DL 19/12-9 |
| 10. | 12-V-80-0002
Wiesbaden der Gesundheitsstandort | DL 19/12-12 |
| 11. | 12-V-80-8005
Dritte Verlängerung der Projektlaufzeit "Jobnavi - Was willst du werden?" | DL 19/12-13 |
| 12. | 12-F-03-0070
Veräußerung der Rhön AG an die Fresenius | DL 19/12-1 NÖ |

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher